

**Niederschrift über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Straßen- und Tiefbau
vom 12.11.2019**

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 20:36 Uhr

Anwesend sind:

Entschuldigt fehlen:

TOP 1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit	VorlNr.
--------------	--	---------

Vors. Schenckenberg eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2	Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge	VorlNr.
--------------	--	---------

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt,

TOP 3	Genehmigung der Niederschrift vom 24.04.2019	VorlNr.
--------------	---	---------

Bgm Weber trägt den Änderungswunsch der CDU-Fraktion zum TOP 5 „Auftrag an externes Ingenieurbüro Planung für Endausbau Baugebiete Stockforthsweg und Brockeler Straße I; Antrag CDU-FW vom 18.05.2018“ des Protokolls der letzten Sitzung des Ausschusses für Straßen- und Tiefbau am 24.04.2019 vor. Die Änderungen sind rot dargestellt.

„Bgm Weber berichtet, dass die Planungen liefen. Die Anliegerversammlungen seien für September 2019 vorgesehen, die Ausschreibungen würden Anfang 2020 erfolgen, ~~so dass der Ausbau noch im Jahre 2020 erfolgen könne.~~ (statt dessen: **so dass der Ausbau noch im Jahre 2020 begonnen werde und voraussichtlich auch noch im Jahre 2020 abgeschlossen werde.**) Die Beauftragung...

Dipl.-Ing. Ahrens fügt hinzu, dass Änderungswünsche nach den Anliegerversammlungen eingearbeitet werden müssten.

Die Verwaltung stellt den geplanten Ablauf im Einzelnen wie folgt dar:

- Im Herbst 2019 werden Gespräche über die Art der Ausführung des Endausbaus in den Baugebieten Brockeler Straße I und Stockforthsweg I mit den Anwohnern geführt werden.

- Im Winter 2019 wird die Planung fertiggestellt und die Ausschreibung vorbereitet werden.
- Die voraussichtlich für den Endausbau in beiden Baugebieten erforderlichen Haushaltsmittel werden im Entwurf der Verwaltung für den Haushaltsplan 2020 berücksichtigt und in die Haushaltsberatungen eingebracht.
- Unmittelbar nach Genehmigung des Haushaltes seitens des Landkreises werden Bieter zur Angebotsabgabe aufgefordert werden; die Ausschreibungsunterlagen werden ihnen zur Verfügung gestellt.
- Im Sommer 2020 – falls möglich, auch bereits im Frühjahr 2020 – werden die Arbeiten beginnen.
- Ein Abschluss der Arbeiten ist für Herbst / Winter 2020 geplant.

Beschluss:

Der Ausschuss für Straßen- und Tiefbau genehmigt das Protokoll über die Sitzung vom 24.04.2019 mit diesen Änderungen einstimmig.

TOP 4 Wahl der*s stellvertretende*n Ausschussvorsitzende*n des Ausschusses für Straßen- und Tiefbau

VorlNr.
0659/2016-2021/1

BG Berg schlägt für das Amt des/der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden RH Uwe Lüttjohann vor.

Beschluss:

Der Ausschuss für Straßen- und Tiefbau bestimmt bei einer Enthaltung einstimmig RH Uwe Lüttjohann als stellvertretende/n Ausschussvorsitzende*n.

TOP 5 Pflichtenbelehrung nach § 43 NKomVG und Verpflichtung des hinzugewählten Mitgliedes Henning Poppe nach § 60 NKomVG

VorlNr.

Bgm Weber belehrt das hinzugewählte Mitglied Henning Poppe seiner Pflichten und verpflichtet ihn per Handschlag.

TOP 6 Straßenendausbau im Baugebiet Brockeler Straße - Nord-Ost (B-Plan Nr. 49)

VorlNr.
0698/2016-2021

Bgm Weber teilt mit, dass die Verwaltung mit ihren Planungen im Zeitplan liege.

Dipl.-Ing. Behrens stellt kurz die Ausbauplanung in verkehrsberuhigter Form vor.

StAR Lohmann fügt hinzu, dass während der Anliegerversammlung und im Nachhinein auch noch einmal schriftlich der Wunsch auf Einrichtung einer Einbahnstraße im Ü 55-Bereich geäußert worden sei. Da aber für die Einrichtung kein sachlich gerechtfertigter Grund vorliege und durch hinzunehmende Umwege ein erhöhter CO₂-Ausstoß mit einhergehe, ist dieser Wunsch abgelehnt worden.

Herr Thiele dankt Dipl.-Ing. Behrens für die Ausarbeitung. Er fragt, wie die Sickerflächen eingefasst würden, da er befürchtet, dass diese als Parkfläche genutzt würden.

Dipl.-Ing. Behrens antwortet, dass sie mit Bordsteinen und Sickersteinen eingefasst würden. Außerdem lägen sie 20 – 30 cm tiefer, so dass ein Parken in Sickermulden ausgeschlossen werden könne.

RH von Hoyningen-Hüne versteht nicht, warum die Parkplätze auf dem Gemeinschaftsgrundstück über eine kleine Straße befahren werden müssten. Dies sei unnütz versiegelte Fläche. Sie könnten auch direkt vom Emsländer Weg angefahren werden.

Bgm Weber stellt klar, dass die Gestaltung dieser Fläche in dieser Form von den Anlieger*innen gewünscht worden sei, um beispielsweise auf der befestigten Fläche ein Zelt für Veranstaltungen aufstellen zu können.

Dipl.-Ing. Behrens erläutert auf Anfrage, dass die Parkplätze mit wasserdurchlässigem Pflaster in einer Größe von 75 qm und die Fahrbahn in normalem Pflaster in einer Größe von 48 qm gebaut würden. Die Grünfläche sei 379 qm groß.

RH Klee fragt, ob vor dem Haus Emsländer Weg 17 (Kandt) die Grünfläche verlegt oder geteilt werden könne, da sich dort Gullideckel befänden und eine Zuwegung zur Haustür zusätzlich zur Hofzufahrt gewünscht werde.

Dipl.-Ing. Behrens verneint. Für alle Grundstücke - außer Mehrfamilienhäuser - sei gem. Bebauungsplan **eine** Zufahrt von 4 m Breite zulässig, um die Anlage von Grünflächen und Parkplätzen zu ermöglichen. Dies wäre ein Präzedenzfall, auf den sich andere Anwohner*innen berufen und auch eine zweite Zuwegung beantragen würden. Die Gullis würden kein Problem darstellen. Sie würden in das Beet integriert.

Beschluss:

Der Ausschuss für Straßen- und Tiefbau empfiehlt einstimmig folgenden Beschluss:

Der Verwaltungsausschuss beschließt den Straßenendausbau der Straßen im Baugebiet Brockeler Straße – Nord-Ost (B-Plan Nr. 49) in dem vorgestellten Konzept.

TOP 7 Ratsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Verbesserung der Sicherheit und des Verkehrsflusses im Bereich der Gerberstraße vom 03.05.2019

VorlNr.
0584/2016-2021

VfA Knabe erläutert ausführlich die Vorlage. Er korrigiert den Vermerk zur Befragung der Anlieger*innen dahingehend, dass die Regelung nicht zum **Linksabbiegeverbot** Grottno/Aleco passe. Weiter ergänzt er, dass ein Gegenverkehr mit Bussen in der Straße Am Föhrenhof schon wegen des durch die Ampel in der Verdener Straße resultierenden großen Fahrrad- und Fußverkehrs problematisch sei.

RH von Hoyningen-Hüne trägt die Beweggründe für seinen Antrag vor. Er ist der Meinung, dass es nicht sein könne, dass bei der Befragung zur Erweiterung der Einbahnstraßenregelung nur die wenigen Anlieger*innen befragt worden seien, die für täglich hunderte Verkehrsteilnehmer*innen entschieden hätten. Die Befragung sei nicht repräsentativ. Er bittet, Kontakt mit den Schulen aufzunehmen, dass zumindest die Elterntaxis nicht auch noch die Straße blockieren dürften.

Bgm Weber sagt dies zu, sieht aber wenig Möglichkeiten der Verwaltung. Bezüglich der Befragung erklärt er, dass nicht nur diese zur Entscheidung geführt habe, sondern auch die Beobachtungen und Abwägungen der Verwaltung. Er dankt für die Vorschläge im Antrag,

bittet aber, zukünftig derartige Ideen an die Verwaltung heranzutragen und nicht als Ratsantrag einzureichen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Straßen- und Tiefbau nimmt Kenntnis, dass die beantragten Maßnahmen in der Gerberstraße nicht veranlasst werden.

TOP 8 Ratsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Einrichtung einer Linksabbiegespur für Fahrradfahrer*innen auf der Fahrbahn im Bereich Einmündung der Gerberstraße in die Mühlenstraße vom 03.05.2019

VorlNr.
0585/2016-2021

VfA Knabe erläutert die Vorlage.

RH v. Hoyningen-Hüne berichtet von dem Tohuwabohu, dass sich morgens und mittags in dem Einmündungsbereich Gerberstraße abspiele. Er hält die vorgesehenen Maßnahmen der Verwaltung für einen Schritt in die richtige Richtung.

StAR Lohmann ergänzt, dass die Geh- und Radwegverbreiterung für die Gerberstraße und auch für In der Ahe bereits bei der Landesbehörde beantragt und im Sommer genehmigt worden seien. Im Haushalt 2020 seien 30.000 € dafür veranschlagt.

Bgm Weber fügt hinzu, dass er mit Herrn Hamelberg gesprochen habe und dieser seine Zustimmung zum Grunderwerb signalisiert habe, soweit keiner seiner Parkplätze wegfalle. Auch Herr Lohmann (In der Ahe) habe seine Unterstützung angeboten.

Beschluss:

Der Ausschuss für Straßen- und Tiefbau empfiehlt bei 1 Enthaltung einstimmig a) und nimmt b) zur Kenntnis:

Der Rat

- a) beschließt, die beantragte zusätzliche Linksabbiegespur für Radfahrende abzulehnen und
- b) nimmt davon Kenntnis, dass die gewünschte Verbreiterung an der Einmündung vor Fa. Hamelberg voraussichtlich 2020 erfolgen wird.

TOP 9 Antrag der CDU / Freie Wähler - Fraktion vom 20.05.2019 zur Einrichtung einer Fahrradstraße in der Goethestraße

VorlNr.
0592/2016-2021/1

VfA Knabe erläutert ausführlich die Vorlage.

BG Berg fragt nach, ob das Thema „Goethestraße“ nicht bereits seit 2014 Thema des Arbeitskreises sei. Sie sei erstaunt über diesen Antrag.

RH v. Hoyningen-Hüne bejaht. Es müssten für eine größere Maßnahme alle Randbedingungen berücksichtigt werden. Diese werde viel Geld kosten.

Der Bgm stellt dar, dass die Benutzung der Straße ein Missverständnis sei. Radfahrende wüssten nicht, dass sie in einer Tempo 20-Zone auf der Fahrbahn und nicht nur auf den Angebotsstreifen fahren dürften. Geplant seien zusätzlich Fahrrad-Piktogramme auf der Fahrbahn. Nach dem Stadtentwicklungskonzept werde ein Verkehrsentwicklungskonzept in Auftrag gegeben, das als Basis für Maßnahmen genommen werden könne.

RH Klee erklärt, dass die Goethestraße nicht sofort in eine Fahrradstraße umgebaut werden solle, sondern dass die Stadt sie dahingehend widme und in eine Planung einsteige. Seines Erachtens reiche hier eine Kenntnisnahme nicht aus, daher bestehe er auf eine Abstimmung und erweitert den Antrag der CDU/FW wie folgt:

- „Die Goethestraße sollte in mehrere Bauabschnitte aufgeteilt werden, z. B. Kreisel Pferdemarkt bis Am Wasser und Am Wasser bis Lindenstraße.
- Die Bedarfsstreifen für Fahrradfahrende sollen entfallen und die Fläche in die Mitte integriert werden.
- Die Gossen auf beiden Fahrbahnseiten sollen zu einer Gosse in der Fahrbahnmitte zusammengefasst werden. Die Zuläufe sollen in die vorhandenen RW Kanäle geleitet werden.
- Auch die Situation der Park- und Grünflächen soll bei der Planung überdacht werden.“

StAR Lohmann erklärt dazu, dass bei einer Umgestaltung der Goethestraße der gesamte Straßenkörper betrachtet werden müsse. Bei der Erstellung eines Konzeptes müsse auch der Gehweg, die Fahrdynamik und die Parkflächen mit einbezogen werden. Ein Antrag, wie die Straße im Endeffekt aussehen solle, laufe jetzt ins Leere.

RH Klee modifiziert seine Ergänzung dahingehen, dass sie nur in der Begründung des Antrags aufgenommen werden solle.

Bgm Weber teilt mit, dass er nur empfehlen könne, auf die Expertisen von Fachleuten zu vertrauen. Er weist darauf hin, dass in den nächsten Jahren auch die Kanäle zu sanieren seien.

RH Emshoff erklärt, dass der Zustand der Goethestraße einfach unbefriedigend sei. Darum sei es zu diesem Antrag gekommen.

StAR Lohmann stellt dar, dass die straßenrechtliche Widmung der Goethestraße zur Fahrradstraße, wie beantragt, keinen motorisierten Verkehr mehr zulasse. Rein rechtlich wäre das vor Gericht nicht durchzusetzen.

RH Lüttjohann weist auf die schwierige Wasserführung in der Goethestraße hin. Er ist der Meinung, dass der Umbau jetzt nicht über's Knie gebrochen, sondern auf die Fachplanung gewartet werden sollte. Im Handwerk heiße es so schön „mit Hand und Verstand“.

RH Klee modifiziert den Beschlussvorschlag des Antrags. Aus dem Wort „zu widmen“ werde „umzugestalten“ gemacht.

Herr Biere ist der Auffassung, dass das vorgelegte Konzept des Antrags durchaus umsetzbar sei. Es sei mit Sachverstand gemacht worden. Einige Parkplätze seien zu eng an dem Angebotsstreifen. Sie müssten grundsätzlich mit Pollern abgesperrt werden.

Herr Dr. Hülsemann erläutert, dass nur den Radfahrenden klargemacht werden müsse, dass sie auf der Fahrbahn fahren dürften. Dann gäbe es auch keine Probleme mit parkenden Autos.

RH Klee teilt mit, dass er auf die Abstimmung des Ratsantrages bestehe.

Der Bgm bittet nachdrücklich, nicht darüber abzustimmen, da es noch keine Grundlagen für eine Fahrradstraße gäbe. Nach dem Stadtentwicklungskonzept werde ein Verkehrsentwick-

lungskonzept erstellt, das als Grundlage dienen könne. Es könne jetzt noch nichts über eventuelle Auswirkungen gesagt werden.

RH Emshoff erklärt, dass man vorankommen müsse. Das Ziel müsse nicht unbedingt eine Fahrradstraße sein.

RH Wagner fügt hinzu, dass die Goethestraße seit 2014 Thema sei und er befürchtet, dass sie es auch noch 2030 sei, wenn jetzt nichts vorangetrieben werde.

BG Berg entgegnet, dass die Verwaltung immer an dem Thema dran sei. Beispielsweise werde jetzt mit Piktogrammen auf die Möglichkeit der Fahrbahnnutzung durch Radfahrende hingewiesen.

RH v. Hoyningen-Hüne schlägt vor, aus dem Antrag den 1. Satz zu streichen und nur über den 2. abzustimmen.

RH Klee modifiziert den Ratsantrag erneut. „Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt, die Goethestraße in dafür geeigneten Bereichen zur fahrradfreundlichen Straße umzuplanen.“

RH Lüttjohann vertritt die Meinung, das verkehrstechnische Gutachten abzuwarten.

RH Emshoff legt dar, dass es hier eigentlich nur darum gehe, endlich etwas in Gang zu schieben.

RH Westermann versteht nicht, warum nicht darüber abgestimmt werden solle, wenn doch alle Anwesenden das Gleiche wollten und der Antrag schon umformuliert worden sei. Er befürchtet, dass das ganze Thema im Sande verlaufen werde

Bgm Weber berichtet, dass in Rotenburg seit Jahren fahrradfreundlich geplant werde. Der Umbau der Goethestraße sei jedoch nicht so schnell zu realisieren. Es existiere bereits eine Planung, die aber vom Umbau der Harburger Straße/Am Sande abhängen. Erst danach und nach Vorlage der Verkehrsentwicklungskonzeption könne die Goethestraße/Bergstraße in Angriff genommen werden.

RH Klee bittet um Abstimmung des modifizierten Antrags.

Herr Dr. Hülsemann weist nochmals darauf hin, dass das jetzige Konzept der Goethestraße durchaus gut sei, es den Menschen nur nicht bewusst sei, was sie dürften.

Beschluss:

Der Ausschuss für Straßen- und Tiefbau lehnt bei 4 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen folgenden Beschlussvorschlag ab:

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt, die Goethestraße in dafür geeigneten Bereichen zur fahrradfreundlichen Straße umzuplanen.

Die Verwaltung wird beauftragt, bauliche Maßnahmen zu erarbeiten und dem Rat vorzulegen, die diesen Zweck dienen und den Fahrradfahrern ein sicheres Befahren der Goethestraße ermöglichen.

TOP 10 Ratsantrag von Bündnis 90/die Grünen: "Beauftragung externer Experten für sichere Radverkehrsanlagen für eine sichere bauliche Lösung an der Kreuzung Otto-Von-Guericke-Straße/Bremer Straße."

VorlNr.
0620/2016-2021

VfA Knabe erläutert die Vorlage. Als weitere Möglichkeit sehe er nur noch die in der Fachtagung vorgetragenen Möglichkeiten der Erhöhung des Fahrradweges durch „Rampensteine“

und die sogenannten „Haifischzähne“, die eher eine psychische Wirkung haben sollten. Er stellt diese Maßnahmen anhand von Fotoaufnahmen aus der Tagung vor.

RH v. Hoyningen-Hüne erklärt, dass ihm klar sei, dass es für die Kreuzung kein Patentrezept gäbe. Darum habe er es für sinnvoll gehalten, Ideen von außerhalb zu erhalten. Über die Erhöhung des Fahrradstreifens könne mit den anliegenden Firmen wegen des LKW-Verkehrs gesprochen werden. Er zieht den Antrag zurück mit der Bitte, der Erhöhung des Radweges nachzugehen.

VfA Knabe sagt zu, den Punkt bei der nächsten Verkehrsschau in 2020 abzuarbeiten.

Bgm Weber berichtet, dass alle Fachbehörden bereits involviert seien. Eine 100 %ige Sicherheit werde es nicht geben; selbst eine Ampel biete diese nicht. Er hofft, dass die Berichterstattung in der RK über die Verkehrsüberwachung in dem Bereich von den Menschen aufgenommen worden sei.

RH Westermann ist der Meinung, dass eine sichere Lösung das Absteigen der Radfahrenden sei.

Herr Dr. Hülsemann hält die Verlegung des Radweges auf die andere Seite der Bremer Straße für sinnvoll. Diese sei allerdings mit erheblichen Kosten verbunden.

TOP 11	Haushalt 2020 - Teilhaushalt 07 (mit Ausnahme der Produkte 07-551 öffentliches Grün / Naherholung und 07-561 Umweltschutz)	VorlNr.
---------------	---	---------

Ordentlicher Haushalt

StAR Lohmann stellt den ordentlichen Haushalt zur Diskussion.

RH v. Hoyningen-Hüne fragt, ob die angesetzten Kosten für die Reparaturen des RW und des SW Kanalnetzes ausreichend seien.

StAR Lohmann antwortet, dass zum Erreichen eines ausgeglichenen Haushaltes die Ansätze gekürzt worden seien. Auch sei die personelle Situation im Tiefbauamt bei Veranschlagung der Ansätze noch nicht klar gewesen. Nun sei aber seit 1.11.19 Herr Walkhoff als Nachfolger von Herrn Casanueva im Dienst, den er den Ausschussmitgliedern vorstellt. Es werde versucht, mit den vorhandenen Mitteln das Beste herauszuholen.

RH Westermann stellt die Anfrage auch für die Unterhaltung der Straßen und Wege.

StAR Lohmann erklärt, dass es sich dort ebenso verhalte. Man müsse auch immer bedenken, dass es derzeit nicht so einfach sei, Firmen zur Abarbeitung zu bekommen. Dann nütze der Haushaltsansatz auch nichts. Es sei besser, sparsam und wirtschaftlich sinnvoll zu arbeiten.

Der Bgm ergänzt, dass bei Mehrkosten für ein Gewerk Deckungsringe greifen würden.

RH Lüttjohann fragt, ob damit auch Wirtschaftswege repariert werden könnten.

StAR Lohmann führt das Beispiel Borchel an. In diesem Jahr sei es dort zu unvorhersehbaren Absackungen gekommen, die sofort hätten behoben werden müssen.

RH Klee lobt den schnellen Einsatz der Verwaltung in Borchel.

Investitionshaushalt

StAR Lohmann informiert über die einzelnen Positionen.

Besonders erläutert er die Erschließung der Neubaugebiete. Hier sei geplant, den Straßenendausbau in den Baugebieten Brockeler Straße I, Stockforthsweg und An der Rodau in drei Losen, aber in einer Ausschreibung vorzunehmen. Es werde befürchtet, dass sich keine Firma auf eine Maßnahme bewerbe oder ein einziger Bewerber überhöhte Preise verlange. Bei einer Ausschreibung für drei Maßnahmen sei der Anreiz für Firmen größer, in Erwartung günstige Preise zu erzielen.

Bgm Weber fügt hinzu, dass das Neubaugebiet An der Rodau nicht in 2020 ausgebaut werde. Der Ausbau erfolge erst 2021, da dann die meisten Bauvorhaben fertiggestellt worden seien.

Bezüglich des Kanalkatasters erklärt StAR Lohmann, dass dieses schon seit 20 Jahren vorhanden sei, es aber keine Software mehr dafür gäbe. Es müsse ein neues Programm angeschafft werden, um das sich Herr Walkhoff kümmern werde.

StAR Lohmann bittet um Bereitstellung weiterer 200.000 € für den Bau der Linksabbiegerspur mit Ampelanlage von der B 440 in den Moorkamp. Die bereits in diesem Jahr veranschlagten 400.000 € seien lt. Planungsbüro nicht ausreichend. Diese Kosten seien noch nicht im Haushaltsentwurf enthalten.

Für den Erwerb einer Fahrradausleihstation seien 20.000 € veranschlagt worden. Der AK Fahrradverkehr habe sich einstimmig aus Kostengründen gegen diese Ausleihstation ausgesprochen. Er habe entschieden, dass eine derartige Station für Rotenburg überdimensioniert sei. Diesen Ansatz stelle er hier zur Diskussion.

RH Emshoff fragt, wann der Endausbau Auf dem Hanfberg/Hesterkamp erfolge.

StAR Lohmann antwortet, dass der Ortsrat Unterstedt und die Verwaltung den Ausbau für 2021 vorgesehen habe.

RH Emshoff schlägt vor, die Ausbaumaßnahme auch noch mit in die große Ausschreibung aufzunehmen.

StAR Lohmann erklärt, dass sich die Ausschreibung immer weiter nach hinten verschieben würde.

VfA Knabe erläutert auf Anfrage von BG Berg die Gründe des AK Fahrradverkehrs gegen eine Fahrradausleihstation. Die Stadt müsse alle Kosten tragen und der Anbieter würde alle Einnahmen behalten. Außerdem sei der AK zu dem Ergebnis gekommen, dass Rotenburg etwas Derartiges nicht benötige.

Bgm Weber entgegnet, dass er den Ansatz beibehalten würde. Leider habe er an der Sitzung des AK nicht teilnehmen können. Ansonsten hätte er sich vehement für eine Fahrradausleihstation ausgesprochen. Im Fahrradklimatest habe die Stadt insbesondere in der Kategorie „Ausleihen von Fahrrädern“ besonders schlechte Bewertungen erhalten. Er halte diese Station insbesondere für Pendler für sinnvoll. Er wünsche sich ein Gespräch mit dem Agaplesion und der Jugendherberge über diese Möglichkeit.

RH von Hoyningen-Hüne fragt, ob die 20.000 € Planungs- oder Anschaffungskosten seien.

Bgm Weber antwortet, dass dies erst einmal ein Platzhalter sei.

Der Ausschuss spricht sich nicht für eine Streichung des Ansatzes aus.

RH v. Hoyningen-Hüne weist die CDU-Fraktion darauf hin, dass für die Goethestraße in 2023 ein Ansatz für Kanal und Straßenbau enthalten sei. Weiter habe er gesehen, dass für

die Aufschüttung eines Baugeländes im Grafeler Damm 1.000.000 € in 2023 vorgesehen sei. Daraus schließe er, dass dort ein neues Baugebiet entstehen werde.

Bgm Weber erklärt, dass dies die derzeitige Planung sei. Es sei ein Neubaugebiet in der Verlängerung der Königsberger Straße angedacht gewesen. Bodenproben hätten diese Planung jedoch verworfen, da dort wieder Moorklinsen gefunden worden seien.

RH Wagner bittet bei der Planung zu bedenken, dass der Grafeler Damm keinen weiteren zusätzlichen Verkehr aufnehmen könne. Die Zufahrt müsse über die Verdener Straße erfolgen.

Bgm Weber erklärt, dass er Lösungsmöglichkeiten im Verkehrsentwicklungskonzept sehe. Er schließt eine Verbindung zwischen B 215 und B 440 nicht aus.

Beschluss:

Der Ausschuss für Straßen- und Tiefbau beschließt einstimmig bei 5 Enthaltungen den Haushalt 2020 – Teilhaushalt 07 (mit Ausnahme der Produkte 07-551 öffentliches Grün / Naherholung und 07-561 Umweltschutz) mit der Ergänzung „200.000 € für den Linksabbieger mit LSA B 440 / Moorkamp“.

TOP 12	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen der Ausschussmitglieder	VorlNr.
---------------	---	---------

TOP 12.1	Sanierung Harburger Straße - Anfrage der FDP	VorlNr.
-----------------	---	---------

StAR Lohmann beantwortet die schriftliche Anfrage der FDP wie folgt:

Für die Durchführung der Maßnahme ist die Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr zuständig.

Der Bau wird nachzeitigem Stand 2022 beginnen.

Die Stadt muss keine eigenen Maßnahmen vorziehen, die nach der ursprünglichen Planung im Zuge der Sanierungsarbeiten durchgeführt werden sollten. Daher ergeben sich keine weiteren Kosten.

Durch die Verschiebung wird es keine Auswirkungen auf die Durchführung von Arbeiten durch die Stadtwerke geben.

TOP 12.2	Radwegbau auf der Bahnstrecke Rotenburg-Brockel - Anfrage der WIR	VorlNr.
-----------------	--	---------

StAR Lohmann trägt die Antworten zur Anfrage der WIR vor:

Die Kostenübernahmeerklärungen der Gemeinden Bothel und Hemsbünde sowie der Stadt Rotenburg (Wümme) liegen seit 30.01.2019 vor.

Das RPA hat seine Zustimmung zur Auftragsvergabe erteilt.

Die Projektskizze für den Förderantrag wurde bisher erarbeitet.

Bisher liegen noch keine Umweltgutachten / Umweltverträglichkeitsprüfungen vor. Dies erfolge erst in der Feinplanung nach der Förderbewilligung.

Die Fördermittel wurden am 25.10.2019 beantragt.

Die Öffentlichkeit wird erst nach der Förderbewilligung beteiligt.

Er teilt mit, dass mit der Fertigstellung 3 Jahre nach Förderungsbewilligung gerechnet werde.

TOP 12.3 Modernisierung Grünsammelstelle Harburger Straße

VorlNr.

StAR Lohmann teilt mit, dass der Grünsammelplatz an der Harburger Straße modernisiert werde. Der Entwässerungsantrag sei bereits genehmigt. Seit zwei Monaten laufe der BIm-SchG-Antrag. Der Landkreis habe noch einige Nachforderungen gestellt.

RH Lüttjohann berichtet, dass es für Grünsammelanlagen ein ergänztes Förderprogramm beim Landkreis gäbe. Darum verzögerten sich auch die Bearbeitungen.

RH Westermann fragt nach der Abbiegesituation von der Bundesstraße.

StAR Lohmann sagt zu, dass sie verbessert werde.

RH Westermann teilt mit, dass sich auch auf der B 71 an der Sammelstelle Zevener Straße Autoschlängen bilden würden und dort auch eine Verbesserung möglich sei.

StAR Lohmann dankt für die Mitteilung. Dies sei der Verwaltung bisher nicht bekannt gewesen. Allerdings seien dort auch andere Stellen zu beteiligen.

TOP 12.4 Fahrradabstellfläche Bushaltestelle Aalteralle/Rathaus

VorlNr.

VfA Knabe teilt mit, dass kurzfristig an den Bushaltestellen in der Aalteralle, Höhe Rathaus, eine Fläche als Fahrradabstellfläche mit jeweils 6 Fahrradbügeln, also für 12 Fahrräder, gepflastert werde. Die Abstellplätze seien am Rathaus nicht ausreichend, da dort die Kinder, die zur Eichenschule/Oberschule nach Scheeßel oder zur Oberschule nach Bothel fahren würden, ihre Räder abstellten. Mit der neuen Fläche werden dort Abhilfe geschaffen.

TOP 12.5 Querung der Straße am Bahnhof in Mulmshorn

VorlNr.

RH Westermann berichtet aus der letzten Ortsratssitzung. Dort sei darüber diskutiert worden, wie das Queren der Bundesstraße in Höhe des Bahnhofs in Mulmshorn, vor allem für Schüler*innen, sicherer gemacht werden könne.

VfA Knabe teilt mit, dass dieses Problem im Schulamt des Landkreises nicht ganz oben auf der Problemliste stehe.

RH Westermann schlägt als schnell umsetzbare Maßnahme vor, an der Straßenlaterne das weiße gegen gelbes Licht auszutauschen. Dies erwecke mehr Aufmerksamkeit bei den Autofahrern.

VfA Knabe sagt zu, sich mit der Stadtwerke GmbH diesbezüglich in Verbindung zu setzen.

TOP 12.6 Müll Mc Donalds

VorlNr.

Herr Dr. Hülsemann weist darauf hin, dass wieder vermehrt Müll von Mc Donalds über und unter der Eisenbahnbrücke liege. Er fragt nach dauerhaften Maßnahmen und bitte um Reinigung.

TOP 12.7 Grünphase für Fußgänger an der Ampel Landkreis/Bahnhof

VorlNr.

Herr Hülsemann informiert, dass die Grünphase für Fußgänger an der Ampel in der Bahnhofstraße, Abzweigung Landkreis/Bahnhof, viel zu lang sei. Man könne die Straße in der Zeit zweimal queren. Für die Autofahrer*innen sei es sehr ärgerlich, wenn diese Grünphase derart lang sei. Er bittet um Prüfung, ob dies geändert werden könne.

TOP 12.8 Geschwindigkeitsüberschreitungen in der Brockeler Straße

VorlNr.

Herr Thiele berichtet, dass in der Brockeler Straße viel zu schnell gefahren werde. Dort gelte Tempo 30, gefahren werden zum Teil sogar 60 km/h.

VfA Knabe ist dieses Problem, auch durch den Einsatz der mobilen Messanlagen, bekannt. Er habe die Polizei informiert, die dann allerdings zu einer verkehrsarmen Zeit dort kontrolliert und kaum Verstöße festgestellt habe. Eine erneute Kontrolle seitens der Polizei sei unwahrscheinlich.

TOP 12.9 Beleuchtung Brockeler Straße I Nord-Ost

VorlNr.

Herr Thiele bittet um eine zusätzliche Beleuchtung hinter dem Friesenweg an der Zuwegung zum Baugebiet Brockeler Straße II.

TOP 12.10 Container Auf dem Rusch und Lohmarkt

VorlNr.

RH Wagner fragt, wer für die Sauberkeit auf den beiden Plätzen zuständig sei.

VfA Knabe antwortet, dass der Containerplatz Auf dem Rusch im Privatbesitz sei und der/die Eigentümer*in zuständig sei. Auf dem Lohmarkt stünden Container einer Firma, mit der die Stadt einen Vertrag habe. In diesem sei geregelt, dass eine wöchentliche Reinigung zu erfolgen habe.

Vors. Schenckenberg schließt die Sitzung um 20.36 Uhr.

gez. Vorsitzende/r

gez. Bürgermeister

gez. Protokollführer/in

Die Vorlagen sind Bestandteil der Niederschrift.